
SVR Hongkong

22 Verfassungskrise: Ständiger Ausschuß des NVK wird um Auslegung des Basic Law gebeten

Im Streit um das Urteil des Hongkonger Obersten Berufungsgerichts (Court of Final Appeal) zum Aufenthaltsrecht von Bürgern der VR China in Hongkong (siehe C.a. 1999/2, S.127; 1999/3, S.242; 1999/4, S.343) ist am 19. Mai ein Schritt vollzogen worden, der eine weitere Zuspitzung der Verfassungskrise mit sich bringt: Die Hongkonger Regierung hat mit Zustimmung des Legislativrates und gegen verbreitete Bedenken unter Hongkonger Juristen den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) in Beijing um eine Auslegung der umstrittenen Artikel 22 (4) und 24 (3) des *Basic Law* gebeten. Das Gesuch wurde an den Staatsrat (Zentralregierung) in Beijing mit der Bitte um Weiterleitung an den Ständigen Ausschuß des NVK übersandt. (SCMP, 18.-20.5.1999; AWSJ, 28.-29.5.1999; IHT, 19.5.1999)

Das Auslegungsverfahren ist in Artikel 158 des *Basic Law* vorgesehen, wegen der unübersehbaren Auswirkungen auf die Autonomie der Hongkonger Rechtsprechung aber höchst umstritten. Beim Ständigen Ausschuß des NVK handelt es sich nicht um ein Organ der Rechtsprechung, sondern um ein politisches Organ, das Vorgaben der chinesischen Parteiführung unterworfen ist. Insofern sehen viele Juristen und demokratisch gewählte Mitglieder der Hongkonger Legislative das Auslegungsverfahren als Wegbereiter für - so formulierte es Oppositionsführer Martin Lee - den „Tod der Herrschaft des Rechts“ in Hongkong. Mit politischen Mitteln versuche die Regierung, das Urteil eines unabhängigen Gerichts auszuhebeln. Eine solche Regierung verliere jede politische Glaubwürdigkeit, da zu erwarten stehe, daß künftig jedes für die Exekutive unbequeme Urteil des Obersten Berufungsgerichtes durch den Gang zum Ständigen Ausschuß des NVK außer Kraft gesetzt werden könne.

Die Regierung Tung Chee-hwa hingegen begründete ihren Schritt mit den untragbaren Kosten, die eine Massenzuwanderung von möglicherweise bis zu 1,675 Mio. Angehörigen aus der VR China für Hongkong nach sich zöge. Eine Destabilisierung Hongkongs könne nicht im Sinne des *Basic Law* sein. Eine Präzisierung des Grundgesetzes durch eine vom NVK-Plenum zu beschließende Änderung sei vor März 2000 aber nicht möglich. Deshalb sei die Anrufung des Ständigen Ausschusses des NVK der einfachste und schnellste Weg, um den Inhalt der Grundgesetzbestimmungen zu klären.

In Umfragen zeigte sich, daß bis zu 80% der Hongkonger die Auffassung der Regierung stützen, die Zuwanderung strikt zu begrenzen, auch wenn dies zu einer Aufhebung des durch den Court of Final Appeal gefällten Urteils führe. Die Hongkonger Regierung sieht die breite Unterstützung in der Bevölkerung als Bestätigung für ihre Entscheidung zur Einleitung des Auslegungsverfahrens.

Vertreter der Beijinger Zentralregierung hatten in den vergangenen Wochen mehrfach deutlich gemacht, daß Hongkonger Gerichte in Fragen, die zum Kernbestand staatlicher Souveränität zählen wie etwa Fragen des Aufenthalts- und Einbürgerungsrechts, keine der Zentralregierung übergeordnete Kompetenz genießen. Hongkong sei schließlich kein souveräner Staat, sondern ein Teil Chinas, und diese Tatsache werde von Kritikern des Auslegungsverfahrens nicht in ihrer ganzen Konsequenz anerkannt. -hei-

23 Politische Stimmungslage: Unzufriedenheit kombiniert mit Passivität

Einer Umfrage zufolge, die im Auftrag der chinakritischen *Ping Kuo Jih Pao* (*Pingguo Ribao*, 3.5.1999) im Frühjahr durchgeführt wurde, hat sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der politischen Lage und der Arbeit der Hongkonger Regierung jüngst deutlich auf mehr als 40% erhöht. Ursache für diese Entwicklung war unter anderem die Weigerung der Hongkonger Behörden, chinesischen Exiloppositionellen die Einreise in die Son-

derverwaltungsregion zu genehmigen. 56% der Befragten waren mit der restriktiven Politik gegenüber den Dissidenten nicht einverstanden, nur 2,6% unterstützten diese Politik.

Zugleich bekundeten aber nur weniger als zehn Prozent der Befragten ihre Absicht, an Gedenk- und Protestveranstaltungen zum 10. Jahrestag des Militäreinsatzes auf dem Beijinger Tiananmen-Platz am 4. Juni teilzunehmen. 70% sagten, daß sie definitiv nicht an solchen Veranstaltungen teilnehmen würden. -hei-

24 Manipulationen von Dorfwahlen durch kriminelle Organisationen

Im Zusammenhang mit dörflichen Wahlen im Bezirk Yuen Long hat die Polizei 45 Personen wegen gewaltsamer Einschüchterung von Wählern und Kandidaten festgenommen. Den Verdächtigen wird Zugehörigkeit zu organisierten kriminellen Gruppen vorgeworfen, die eine Manipulation des Wahlverlaufs beabsichtigten.

Im Frühjahr waren Dorfwahlen bereits zum Gegenstand von Ermittlungen der Unabhängigen Anti-Korruptionskommission geworden. 27 Personen sind im Mai wegen des Verdachts auf Stimmenkauf (aktive Bestechung zum Zwecke der Wahlmanipulation) bzw. Bestechlichkeit im Amt verhaftet worden. (SCMP, 1.6.1999) -hei-

25 Gesundheitsreform

Hongkong ist dabei, sein Gesundheitssystem von Grund auf zu reformieren. Die Notwendigkeit für eine grundlegende Reform erklärt sich wie überall aus den steigenden Kosten für die medizinische Versorgung, die unter Beibehaltung des gegenwärtigen Systems nicht mehr tragbar wären. Bislang gibt es in Hongkong keine gesetzliche Krankenversicherung; allerdings garantiert der Staat Bedürftigen eine minimale Gesundheitsversorgung zu niedrigen Preisen oder umsonst. Die Regierung wendet für das Gesundheitswesen jährlich 30 Mrd. HKD auf. Angesichts der schnellen Entwicklung der Medizintechnik und der Zunahme teurer Behandlungsmethoden schätzt

man, daß sich diese Summe bis zum Jahr 2010 um 50% erhöhen wird. Eine solche Kostensteigerung wäre für die Regierung nicht mehr finanzierbar, zumal das öffentliche Gesundheitswesen durch die Zuwanderung vom Festland und die zunehmende Alterung der Gesellschaft zusätzlich unter Druck gerät.

Über die anstehende Reform wird in Hongkong heftig debattiert. Die Hongkonger Regierung hatte zur besseren Entscheidungsfindung ein Gutachten von außen in Auftrag gegeben, und zwar bei einem Professor in Harvard namens William Hsiao. Sein Bericht wurde im April 1999 publik gemacht und hat heiße Diskussionen ausgelöst. Prof. Hsiao hat nämlich u.a. vorgeschlagen, eine obligatorische Krankenversicherung einzuführen, die vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam finanziert wird. Hiergegen kommt vor allem von seiten der Arbeitgeber Protest, weil dadurch die Personalkosten steigen würden (SCMP, 1.4.99 u. 17.5.99). Auch von der Ärzteschaft wird Kritik geäußert, denn die Einführung eines Krankenversicherungssystems würde die Gebühren für ärztliche Leistungen standardisieren und die Ärzte der gegenwärtig praktizierten Möglichkeit berauben, für gleiche Leistungen unterschiedliche Gebühren je nach Vermögenssituation der Patienten zu nehmen. So können die Preise für eine gleichartige Operation um das Zehnfache differieren (vgl. dazu SCMP, 1., 27. u. 29.4.99). Gerade eine Standardisierung der Gebühren wird jedoch von der Bevölkerung allgemein begrüßt.

Die Regierung steht dem Vorschlag einer Pflichtversicherung positiv gegenüber; nur so könne beispielsweise der steigende Anteil chronischer Krankheiten bewältigt werden. Zugleich sieht sie damit auch die Möglichkeit einer Anhebung des Qualitätsstandards der medizinischen Versorgung in Hongkong gegeben. Zur Diskussion stehen die regelmäßige fachliche Überwachung der Ärzte (SCMP, 3. u. 5.4.99) und die Dezentralisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes von den öffentlichen Krankenhäusern auf die kommunale Ebene (SCMP, 17.5.99). Die privaten Krankenhäuser stehen der Einführung einer Pflichtversicherung nicht ablehnend gegenüber, denn sie sehen darin eine Chan-

ce, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Derzeit können sie mit den öffentlichen Krankenhäusern nicht mithalten. Diese nehmen für ein Krankenhausbett pro Tag 68 HKD, während ein Bett in einem privaten Krankenhaus pro Tag über 2000 HKD kostet. Standardisierte Preise würden mehr Patienten in die Privatkliniken ziehen. Insgesamt wird auch von dieser Seite eine größere Transparenz der Gebühren positiv bewertet (vgl. SCMP, 26.3. u. 3.5.99).

Noch sind viele Fragen offen, so vor allem die Frage, wer für Menschen ohne Verdienstmöglichkeit wie alte Leute, Hausfrauen und Arbeitslose die Kosten für die medizinische Versorgung trägt. Die Gesundheits- und Wohlfahrtsbehörde plant, zum Jahresende einen Bericht herauszugeben, in dem die öffentliche Meinung zu dem Gutachten ausgewertet wird. Bis dahin wird über die Gesundheitsreform weiter gestritten werden. -st-

26 Konjunkturrückgang auch im 1. Quartal 1999

Ersten vorläufigen Berichten zufolge zeichnete sich in den ersten drei Monaten d.J. noch keine Konjunkturerholung der Hongkonger Wirtschaft ab. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Vergleichsperiode des letzten Jahres um 3,5% zurückgegangen ist.

Aufgrund der weiterhin sehr vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Banken, der ungewissen Geschäftsaussichten und hohen Kreditzinsen blieb die Investitionsneigung sehr beschränkt (keine näheren Angaben dazu).

Die Binnennachfrage zeigte auch im 1. Quartal mit einem Rückgang um 10% gegenüber der Vorjahresperiode weiterhin ein negatives Wachstum. Die Konsumneigung blieb niedrig, und zwar trotz eines kontinuierlichen Rückgangs der Preise in den letzten Monaten. Von Januar bis April d.J. sanken die Preise (zusammengesetzter Konsumgüterpreisindex) um 2,3% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Der Konjunkturrückgang beeinflusste auch den Arbeitsmarkt. Die den saisonalen Schwankungen angepaßte Ar-

beitslosenquote belief sich auf 5,7% im 4. Quartal 98 und stieg auf 6,2% im 1. Quartal 99.

Die außenwirtschaftliche Entwicklung Hongkongs blieb ebenfalls unbefriedigend. Die Exporte sanken weiter, und zwar um 5% im 1. Quartal 99 gegenüber der Vorjahresperiode. Im Vergleich zum 4. Quartal 98, in dem die Ausfuhren um 10% zurückgegangen waren, läßt sich allerdings eine Verbesserung feststellen.

Die Einfuhren sanken im 1. Quartal 99 um 10%. Der Rückgang im 1. Quartal fiel gegenüber der Reduzierung der Importe um 13% im 4. Quartal 98 deutlich niedriger aus. Die Ursache hierfür war ein geringerer Rückgang der Reexporte. Da die Importe stärker als die Exporte abnahmen, ging auch das Handelsdefizit zurück, und zwar auf 12,9 Mrd. HK\$. (XNA, 29.5.99)

Über die Wachstumsaussichten bestehen unterschiedliche Einschätzungen bei in- und ausländischen Analysten. So kommen Hongkonger Analysten zu der Prognose, daß sich die Konjunktur in der 2. Jahreshälfte verbessern und es im gesamten Jahr ein durchschnittliches Wachstum von 0,5% geben wird. Ausländische Analysten erwarten allerdings weiterhin ein negatives Wachstum. Der Internationale Währungsfonds rechnet mit einem Wachstum von -1,3%, die Weltbank von -1%, die Asiatische Entwicklungsbank von -0,5% und die OECD mit einem Nullwachstum. (XNA, 31.5.99)

Hinsichtlich der Wachstumsaussichten wies die Ratingagentur Moody's auf die enge Verzahnung der Hongkonger mit der festlandchinesischen Wirtschaft hin. Hierdurch bestände die Gefahr eines weiteren Abwärtstrends für Hongkong, wenn sich die Wirtschaft auf dem Festland noch stärker abkühlen sollte. (HB, 31.5.99)

Nach Ansicht einiger Analysten benötigt Hongkong weitere Preisanpassungen, um eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten. Da Hongkong den Wechselkurs unverändert ließ, sei eine Anpassung über die Preise erfolgt. Dies bedeutete, daß die Hongkonger Wirtschaft sich langsamer als die Wirtschaft der meisten asiatischen Nachbarn erholen würde. (AWSJ, 31.5.99) -schü-

27 Gute Noten für Hongkongs Währungsbehörde

Die Zeitschrift *Asiamoney* veröffentlichte anlässlich der Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) eine Rangliste zur Bewertung der asiatischen Zentralbanken. Im Gegensatz zu anderen Zentralbanken in der Region erhielt die Hongkonger Währungsbehörde, die Hong Kong Monetary Authority (HKMA), die besten Noten hinsichtlich Qualität und Transparenz der Geldpolitik und Bankenaufsicht.

Mit 23 Punkten erhielt die HKMA die höchste Bewertung auch im Vergleich zu Singapur und Australien, insbesondere aufgrund der präventiven Maßnahmen noch vor Beginn der Währungskrise im Sommer 1997. Zu diesen Maßnahmen zählte die Festlegung der zulässigen Beleihungsquote für private Hypothekenkredite auf 65%, die Erhöhung der Eigenkapitalausstattung der Hongkonger Banken auf 18% und die Kontrolle über die Aktivitäten Hongkonger Banken bei ihrem Engagement in China, insbesondere auch gegenüber den „itics“. (HB, 30.4./1.5.99)

Eine Erklärung für die präventiven Maßnahmen durch die Hongkonger Bankenaufsicht gibt David Carse, Chef der Bankenaufsichtsbehörde Hongkongs. So habe Hongkong vor dem Übergang der Souveränität sich besonders bemüht, die Solidität des Hongkonger Finanzsystems zu sichern und höchste Bankenstandards eingeführt. (HB, 14./15.5.99) - schü-

Dezember Gouverneur General Vasco Rocha Vieira nach, wenn nach 442 Jahren portugiesischer Herrschaft Macau an China übergeben wird. Der Favorit erhielt 163 Stimmen (=82%). Auf seinen Konkurrenten Stanley Au entfielen 34 Stimmen, zwei Stimmen waren ungültig. (XNA, 16.5.99) Ein Stimmenanteil von Drei Vierteln für Ho war vorhergesagt worden. (SCMP, 15.5.99) Eine Umfrage der Universität von Macau vor der Wahl hatte ergeben, daß über 60% seine Kandidatur unterstützten, während sich fast 15% für Au aussprachen. (JB, 1999/6, S.16) „Die Wahl des Obersten Verwaltungschefs (*xingzheng zhangguan*)“, so der Sieger, „ist in der Geschichte ohne Beispiel. Macau hat in der Vergangenheit viele Gouverneure gehabt, aber noch nie einen Obersten Verwaltungschef. ... Ich weiß ganz bestimmt, Basis für die Amtsübernahme als Oberster Verwaltungschef ist, daß man gerecht und ohne jeden Eigennutz sein und die Interessen aller Macauer zur Grundlage machen muß. Früher habe ich die verschiedensten Posten innegehabt. Dabei habe ich zwei Dinge gelernt: man muß dem Staat, und man muß der Bevölkerung von Macau vertrauen, dann erst kann man klar zwischen Recht und Unrecht unterscheiden und kann offen und gerecht sein. Wenn man das Vertrauen und die Unterstützung gewinnt, dann kann einem keine Last und kein Widerspruch Schwierigkeiten bereiten.“ (GJJ, 1999/5, S.33; XNA, 25.5.99) Der gesamte Wahlprozeß wurde im Fernsehen live übertragen.

Auf der 2. Plenartagung des Wahlkomitees am 7. Mai hatten die beiden Kandidaten jeweils eine Stunde lang ihr Programm erläutern können. Stanley Au Rede lautete „Meine Wahl“, während Edmund Hos Programm den Titel „Trotz und in Kenntnis aller Schwierigkeiten vorwärtsschreiten und gemeinsam neue Chancen schaffen“ trug. Am Tag darauf waren sie dann von den in zwei Gruppen aufgeteilten Komiteemitgliedern getrennt voneinander insgesamt vier Stunden befragt worden. (XNA, 8./9.5.99)

Zur Feier der Wahl des ersten Regierungschefs der SVRM veröffentlichte die *Volkszeitung* am 21. Mai den Leitartikel „Eine neue Ära in Macau willkommen heißen“, in dem die Leitlinie „Ein Land, zwei Systeme“, „Ma-

cauer regieren Macau“ und „Ein hohes Maß an Autonomie“ hergehoben wurde. Aus der Region gratulierten Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa, Taiwans Rat für Festlandangelegenheiten und Japans Außenminister Masahiko Komura noch am selben Tag. Auch Macaus Gouverneur Rocha Vieira, der sich gerade in Portugal aufhielt, und Portugals Präsident Jorge Sampaio, ein persönlicher Freund von Edmund Ho, schickten Glückwünsche. Vor Reportern lobte Sampaio den Bankier. „Er ist ein Mann mit ausgezeichneten Leistungen in all seinen Unternehmungen, und deshalb ist er gut gerüstet, den neuen Herausforderungen, denen sich die SVRM gegenübersehen wird, zu begegnen. Eine gute Nachricht also.“ (Radio Renascenca, Lissabon, 15.5.99, in SWB, 17.5.99) Portugals Außenminister Jaime Gama sagte, Hos Wahl werde zum erfolgreichen Übergang und zum Gedeihen Macaus beitragen. (AWSJ, SCMP, 17.5.99)

Auf der Pressekonferenz nach der Wahl sagte Edmund Ho: „Ich werde mein Versprechen einlösen, entschieden das Prinzip 'Ein Land, zwei Systeme' in die Tat umzusetzen, strikt am Grundgesetz festhalten und mein Bestes tun, um den Bewohnern Macaus zu dienen und einen reibungslosen Übergang zu sichern, damit Macau seine Prosperität bewahren und weitere Fortschritte erzielen wird.“ (BR, 1999/24, S.25) Ho kündigte an, er werde innerhalb von zwei Monaten seine Regierungsmannschaft mit fünf Sekretären und anderen hochrangigen Beamten aufstellen. (SCMP, 17.5.99) Bei der Bildung seiner Regierungsmannschaft werde er Ehrlichkeit, Unparteilichkeit und Einstellung von Leuten nach ihren Fähigkeiten zum Prinzip erheben. (JB, 1999/6, S.17) Auch gelobte er, seine umfangreichen Geschäftsinteressen vor seiner Amtsübernahme aufzugeben.

Am folgenden Tag hielt das Vorbereitungs-komitee für die SVRM seine 8. Tagung in Zhuhai ab. Das Komitee, allen voran sein Vorsitzender Qian Qichen, beglückwünschte den anwesenden Edmund Ho zu seiner Wahl. Das Gremium genehmigte die Wahl routinemäßig und faßte den Beschluß, der Zentralregierung in Beijing den gewählten Kandidaten zwecks Ernennung zu melden. Die 9. Plenartagung

Macau

28 Bankier Edmund Ho wird der erste Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau

Wie erwartet, wurde der große Favorit Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) auf der 3. Plenartagung des Wahlkomitees am 15. Mai zum ersten Regierungschef der künftigen Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) gewählt. Dies gab der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende des NVK-Vorbereitungskomitees für die SVRM, Qian Qichen, bekannt. Ho folgt am 20.